Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg.

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 ℳ, durch Agent. 1.40 ℳ, die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postscheck-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt" / Telef. 11.

Nummer 45 | Altensteig, Donnerstag, den 23. Februar 1933 | 56. Jahrgang

Beschlüsse des Reichskabinetts

Krankenschein zunächst um 25 Pfg. ermäßigt — Zuschüsse an mittelständische Kreditinstitute

Berlin, 22. Febr. Das Reichskabinett beschäftigte sich noch **einmal mit der Frage der Krankenscheingebühr. Einstimmig wurde beschlossen, wie von zuständiger Stelle der Regierung mitgeteilt wird, die Krankenscheingebühr von 50 Pfg. grundsätzlich zu beseitigen.** Bei der Aufrechterhaltung der augenblicklichen Wirtschaft und Verwaltung der Krankenkassen jedoch könne zunächst nur eine Ermäßigung um 25 Pfennig (von bisher 50 Pfennig) eintreten. Um die völlige Beseitigung der Gebühr zu erreichen, sei **eine grundsätzliche Reorganisation des gesamten Krankenkassenwesens notwendig**, wobei insbesondere eine wesentliche Ermäßigung der Verwaltungskosten eintreten müsse. Es soll aber auch das gesamte Finanzwesen der Krankenkassen geprüft werden. Hierzu sei eine wesentliche Ausdehnung der Aufsicht über die Krankenversicherung notwendig. Das Reichskabinett werde hierfür alsbald die gesetzlich erforderlichen Voraussetzungen schaffen.

Ferner beschloß das Reichskabinett die Bereitstellung von 30 Millionen für die Gewährung von **Zuschüssen an mittelständische Kreditinstitute** und die Weiterzahlung von Beihilfen für den Metallerzbergbau an der Sieg und an der Lahn. (Wie wir hören, waren ferner beantragt 3 Millionen Beihilfe für Konsumvereine, die vom Kabinett jedoch nicht bewilligt wurden.)

Genehmigt wurde der Haushalt für den Reichskommissar für Luftfahrt und die **Einsetzung eines Reichskommissars für den gewerblichen Mittelstand.** Im Luftfahrtkommissariat sollen zwei Ministerialdirektorstellen geschaffen werden.

Schließlich befaßte sich das Kabinett noch mit der Frage **der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand** und mit den Bezügen der leitenden Angestellten von subventionierten Unternehmungen. Beschlüsse wurden hierüber noch nicht gefaßt.

Vom Reichskabinett wurde für den Posten des Staatssekretärs für den gewerblichen Mittelstand der deutschnationale Handwerkskammersyndikus Wienbeck und für den Posten des Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium der bisherige Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung für Sozialversicherung im Arbeitsministerium, Krohn, vorgeschlagen.

Die Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten

Berlin, 22. Febr. Die Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten dürfen nach einem Beschluß des Reichskabinetts in Zukunft auch zur **Instandsetzung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude** gegeben werden. Erweitert ist ferner die Befugnis des Reichsarbeitsministers für Uebernahme der Reichsbürgschaft für Instandsetzungskredite. Die Bürgschaft kann auch für Kredite übernommen werden, die für die Instandsetzung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und für den Umbau von gewerblichen und sonstigen Räumen zu Wohnungen gegeben werden.

Adolf Hitler an die NSDAP.

Berlin, 22. Febr. Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, hat folgenden Aufruf erlassen:

Nationalsozialisten! Provokatorische Elemente versuchen unter dem Deckmantel der Partei, durch Störung oder Sprengung insbesondere von Zentrumsversammlungen die nationalsozialistische Bewegung zu belasten. Ich erwarte, daß alle Nationalsozialisten sich in äußerster Disziplin gegen diese Absichten wenden. Der Feind, der am 5. März niedergerungen werden muß, ist der Marxismus. Auf ihn hat sich die gesamte Propaganda und damit der gesamte Wahlkampf zu konzentrieren.

Wenn das Zentrum in diesem Kampf durch Angriffe gegen unsere Bewegung den Marxismus unterstützt, so werde ich selbst von Fall zu Fall mich mit dem Zentrum auseinandersetzen, diese Angriffe zurückweisen und damit erledigen.

Im übrigen, besucht keine gegnerischen Versammlungen, sondern sorgt dafür, daß unsere eigenen Versammlungen zu gewaltigen Kundgebungen der erwachenden Nation werden. Nationalsozialisten! Ihr habt seit 14 Jahren die deutsche Erhöhung vorbereitet. Ihr müßt sie heute vollenden.

Göring an die SA., SS. u. den Stahlhelm

Berlin, 23. Februar. Reichsminister Göring hat an die SS., die SA. und an den Stahlhelm einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Schon in meinen ersten Erlässen habe ich Euch als den ersten Trägern des nationalen Willens ein unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht. Aber ebenso, wie ich Euch mein ganzes Vertrauen entgegengebracht habe, muß ich von Euch verlangen, Kameraden, daß Ihr mir ebenso bedingungslos Euer Vertrauen schenkt. Da gerade Ihr es seid, die mir bei meiner gewaltigen Aufgabe helfen müssen, muß ich auch von Euch fordern, daß Ihr die Lösung meiner Aufgaben in jeder Weise unterstützt. Darum bitte ich Euch als Kamerad, daß Ihr jetzt dem deutschen Volke beweist, daß Disziplin, Pflichttreue und Kameradschaft eine der vornehmsten männlichen Tugenden sind.

Von außen vermochte Euch kein Gegner etwas anzuhaben. Jetzt versucht er durch Agenten, Spitzel und Provokateure Euer Ansehen zu gefährden. Ich weiß, daß Ihr selbst die minderwertigen Elemente in Euren Reihen ausfinden, sie überführen und beseitigen werdet. Kameraden! Hier ist höchste Wachsamkeit geboten! Steht fest zusammen und hinweg mit dem, der nicht ganz und gar mit Leib und Seele zu Euch gehört! Durch Disziplin und äußerste Pflichterfüllung sollt Ihr beweisen, daß Ihr berufen seid, Deutschland zu erneuern! Mit Hitlerheil und Frontheil Hermann Göring.

Bauernpolitik der Nationalregierung

Rundfunkrede des Staatssekretärs von Rohr

Berlin, 22. Febr. Der Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft von Rohr hielt im Rundfunk eine Rede über die „Bauernpolitik der Nationalregierung". Der Staatssekretär führte u. a. aus:

Die Regierung der nationalen Konzentration hat in ihrem Aufruf zwei wirtschaftspolitische Aufgaben betont:

Die Rettung des Bauern und die Rettung des Arbeiters, gleichberechtigt nebeneinander gestellt.

Meine Aufgabe ist es, Ihnen die **Bauernpolitik der Nationalregierung** zu erläutern.

Zunächst haben wir da einige Aufräumungsarbeiten zu leisten. Dazu gehört die Zu-Ende-Führung der **Umschuldung** und zwar nicht nur der Ostbilfe, sondern auch noch darüber hinaus. Es ist natürlich richtig, daß der einzelne Landwirt nach der Möglichkeit greift, die ihm Ostbilfe und Umschuldung bieten, um die Lage des Betriebes zu erleichtern, und es ist ganz ungeheuerlich, wenn man jetzt diese Umschuldung — die doch vom Gesetzgeber gewollt ist — denen, die davon Gebrauch machen, gleichsam als einen Akt der Korruptheit zum Vorwurf macht. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, sei aber noch hinzugefügt, daß **Umschuldung gar keine Bereicherung des Besitzers ist**, sondern eine Aussaublung an die Gläubiger. Es schien mir richtig, diese Zusammenhänge klarzulegen, damit Sie erkennen, daß dieser ganze sogenannte **Ostbilfeskandal** nichts weiter als ein marxistisches Wahlmanöver ist. Wir werden also die Umschuldung zu Ende führen und zwar beschleunigt. Die Umschuldung aber hat nur einen Sinn, wenn nun in der Zwischenzeit eine Agrarpolitik durchgesetzt wird, die jenem ungesunden Mißverhältnis in den Preisen ein Ende macht, damit der Bauer ohne künstliche Hilfe aus eigener Kraft die Scholle bestellen und halten kann.

Zur **Gesamtpolitik auf dem agrarischen Gebiet** gehören zunächst einige Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, diejenigen landwirtschaftlichen Betriebszweige, die noch einen offensichtlich gesunden Zug zeigen, vor dem allgemeinen Strudel der Verelendung zu bewahren. Durch weise Beschränkung der Fläche haben der Zuckerrüben- und der Tabakbau wieder gesunde Grundlagen gewonnen. Wir haben darüber hinaus noch eine Notverordnung erwirkt, die auch den Hopfenbau, der sich gebesserter Preise erfreut, vor erneuter ungesunder Aufblähung bewahrt. Auch die **Getreidestützung** gehört zu dieser Gruppe von Maßnahmen. Die Nationalregierung hat uns die Möglichkeit gegeben, das Versäumte, wenn auch nicht ganz, so doch zum guten Teil, in Ordnung zu bringen.

Noch auf eine andere Hilfe möchte ich hinweisen. Sie gilt insbesondere der Bauernfrau. Zahllose Bauernfamilien haben in der Not ihren letzten Knecht und **das letzte Mädchen entlassen.** Mann und Frau werden dadurch in einem Maße angespannt, wie es beispiellos und auf längere Zeit nicht zu verantworten ist. Wir hoffen, daß noch in dieser Woche eine Möglichkeit geschaffen wird, **dem Bauern, der eine zusätzliche Arbeitskraft einstellt, einen Vorbetrag auszuzahlen, der dem entspricht, was die öffentliche Hand sonst für den Arbeitslosen oder Wohlfahrtsempfänger aufzuwenden hätte.** Das aber dient schließlich nur dazu, die Landwirtschaft vor weiterem Absturz zu bewahren. Es gilt, die gesamte Landwirtschaft einen Weg zu führen, auf dem sie die ihr von Gott gesetzte Aufgabe, das eigene Volk mit allem zu versorgen, was seines Lebens Notdurft erfordert, in größtmöglichem Ausmaße wieder erfüllt.

Aus dieser Lage ergibt sich die **Richtung unserer Politik.** Das Mittel, mit dem wir sie führen, ist die **Preisgestaltung.** Die bisherige Preisgestaltung, die, vom Landwirt aus gesehen, das Getreide, und vom Städter aus gesehen, die Auslandsware begünstigte, trägt die Hauptschuld an der **Fehlproduktion.** Diese und der **Fehlkonsum** machen einem gesunden Ausgleich Platz. Deshalb **haben wir** jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um von den bisherigen zu niedrigen Zöllen loszukommen und gerade der landwirtschaftlichen Produktion, die bisher vernachlässigt war — also der Veredelungswirtschaft, den Gartenbau, der Forstwirtschaft und der Fischerei — wieder einen gerechten Schutz gegen die Schleuderkonkurrenz des Auslandes zu verschaffen. Und wir können feststellen, daß unsere Maßnahmen von Erfolg begleitet sind.

Aber auch über den reinen Zollschutz hinaus werden wir versuchen, **die deutschen Waren an die Stelle der ausländischen zu setzen.** Dem Beispiel der Reichswehr folgend, sollen auch die Stoffe, die von der Schupo, von den Beamten der Reichsbahn und der Post getragen werden, eine starke Beimischung deutscher Wolle erhalten. Von der **Lederindustrie** erwarten wir, daß sie deutsche Häute, von der **Leinenindustrie**, daß sie deutsche Faser, von der **Papierindustrie**, daß sie deutsche Zellulose, von der **Seifenindustrie**, daß sie deutsche Fette verwendet. Wo der Weg der Freiwilligkeit nicht genügt, wird die Nationalregierung um des Ganzen willen zum **staatlichen Zwange schreiten.** Und wir werden alles tun, daß SS., SA., Stahlhelm und die nationalen Organisationen unseren Gedanken folgen und im ganzen deutschen Volke als ein Ausdruck nationaler Selbsterhaltung der gleiche Wille zur Verwendung deutscher Waren zur Geltung kommt.

Störend ist es, daß wir eine Fülle von **Bindungen** haben übernehmen müssen, die wir erst allmählich lösen können. Die schlimmste darunter: das erst im Herbst beschlossene **Butterkontingent**, an dessen Einfuhr wir bis November gebunden sind. Wir werden ganz außerordentliche Maßnahmen treffen, um den durch das Butterkontingent eingetretenen Druck auf die Milchpreise auf andere Weise auszugleichen. Von der Landwirtschaft erwarten wir, daß sie schnell und entschlossen den gewiesenen Weg betritt.

Wir werden noch in diesen Tagen Möglichkeiten eröffnen, den unbedingt notwendigen **Oel- und Faseranbau** zu verstärken. Darüber hinaus raten wir dem Landmann, in diesem Frühjahr den Bau einiger **Futtermittel** — insbesondere Silage und Hülsenfrüchte — nachhaltig zu verstärken, da — soweit die Preise für Milch, Eier und die sonstigen Veredelungsprodukte in Ordnung sind — die Nationalregierung die Einfuhr ausländischer Futtermittel im bisherigen Ausmaße nicht mehr zulassen wird.

Es ist mir vorgeworfen, daß ich immer nur auf die Preise sähe und anderen Mittel zur Rettung, z. B. die Siedlung und die Produktionskostensenkung unbeachtet ließe. Verzeihen Sie mir das harte Wort, aber **ohne gerechte Preise für Kartoffeln und Schweine ist jede Ostsiedlung und ohne gerechte Preise für Gemüse und Obst ist jede Kleinsiedlung in meinen Augen ein glatter Siedlungsbetrug.** Wie aber — so höre ich meine städtischen Zuhörer fragen — wie verträgt sich das alles mit uns und unserer Not? Darauf möchte ich Ihnen antworten, daß die Rettung des deutschen Bauern und die Rettung des deutschen Arbeiters aus ein und derselben Quelle fließt. Die Frage, wie weit uns noch der Export helfen kann, will ich nicht vertiefen. Nur eine Zahl möchte ich richtigstellen. Wenn gesagt wird, daß durch die **Ausfuhr deutscher Waren** so und so viel Millionen Arbeiter Arbeit gefunden hätten, so vergißt man, daß diese **Ausfuhr erkauft ist mit der Einfuhr fremder Waren in einer Menge, die nun wieder deutsche Arbeit in fast gleichem Ausmaße stillgelegt hat.** Nur der Nettoüberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr bedeutet einen Arbeitsertrag. Nimmt man den deutschen Bauern die Lebensmittel ab anstatt den ausländischen, so entsteht neue zusätzliche Kaufkraft in Deutschland, die sonst an das Ausland verloren gegangen wäre. Und damit entscheidet sich das Schicksal des Städters. Er ist arbeitslos, weil man den Binnenmarkt einem in die Irre gehenden Weltmarktdenken geopfert hat, und er findet Arbeit und Einkommen in dem Augenblick, wo der **Binnenmarkt** von neuem erstarkt.

Wir kehren zurück zu den **ewigen Gesetzen gesunder Volkswirtschaft.** Wir wissen aus der Geschichte, daß Volk aus Volk verzehrt und Staat auf Staat zerbrach, wenn die Wurzeln sich lösten, die im Acker ruhen. **Alles ist untreu in der Welt. Treu allein ist der Boden.**

Eine Stegerwaldversammlung aufgelöst

Krefeld, 22. Febr. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die in der Stadthalle stattgefundene Versammlung der Zentrumspartei war von etwa 1200 Personen besucht, darunter auch eine größere Anzahl Angehöriger anderer Parteien und Verbände. Die Versammlung mußte vorzeitig aufgelöst werden, da infolge einer Aeußerung des Redners Rufe und Gegenrufe erfolgten, die sich in Verbindung mit dem Wurf einer Rauchpatrone bis zum Tumult steigerten. Da sich die von dem diensthabenden Polizeioffizier zunächst angeordnete Räumung der Galerie als nutzlos erwies und sich inzwischen an mehreren Stellen des Saales

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Schlägereien entwickelten, sah sich dieser veranlaßt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Das Conti-Büro meldet dazu:

Als Stegerwald zu Anfang seiner Rede gegen den Aufruf der Reichsregierung polemisierte, erhob sich von der Tribüne Widerspruch, der sich allmählich verstärkte und zu einem großen Tumult führte. Herbeigerufene Schutzpolizei versuchte die politischen Gegner von den Tribünen herauszudrängen. Hierbei kam es zu neuen Zusammenstößen, die sich dann im Saale selbst fortsetzten. Auch Stegerwald selbst wurde tätlich angegriffen.

In einem Einspruchstelegramm des Zentrums an den Minister Göring heißt es: Die Ruhestörer, verstärkt durch weitere Trupps, drangen dann in den Saal ein und hieben dort mit Stühlen auf die Besucher ein. Ein Stoßtrupp, von dem ein Mann einen Revolver in der Hand trug, erstürmte die Tribüne und schlug Stegerwald mit Kopfhieben nieder. Wir protestieren, Herr Reichskommissar, gegen diese unter den Augen der Polizei geschehenden Vorkommnisse. Herr Reichskommissar! Darf Ihr Erlaß vom 17. Februar 1933 so mißverstanden oder ausgelegt werden?

Amtliche Untersuchung der Krefelder Vorgänge

Berlin, 22. Febr. Nach Mitteilung aus Kreisen der kommissarischen preußischen Staatsregierung ist eine amtliche Untersuchung der Vorfälle bei der Stegerwald-Versammlung in Krefeld eingeleitet worden. Reichskommissar von Papen hat, wie wir weiter hören, seine Mißbilligung über die Vorfälle ausgesprochen.

Ein Interview des Reichskanzlers

Budapest, 22. Febr. Reichskanzler Adolf Hitler hat dem Berliner Vertreter des Budapesti Hirlap ein Interview gewährt, in welchem er erklärt, daß er mit besonderer Freude die Gelegenheit ergreife, durch das „Budapesti Hirlap" dem tapferen und ritterlichen ungarischen Volk seine besten Grüße und Wünsche zu übermitteln. Seit altersher beständen **zwischen dem deutschen und dem ungarischen Volk freundschaftliche Beziehungen.** Beide Völker hätten ein gutes Stück Weges gemeinsam durch ihre Geschichte zurückgelegt und durch die Waffenbrüderschaft im Weltkriege sei ihnen ein gleiches Schicksal widerfahren, aus dem sich wieder eine Gemeinsamkeit vielseitiger Interessen der beiden Völker auch für die Zukunft ergibt. Der Reichskanzler gab der Hoffnung Ausdruck, daß die altbewährte Freundschaft auch den heutigen schweren Zeiten gegenüber standhalten werde. Jedenfalls werde er sich angelegen sein lassen, sie zu pflegen und womöglich zu vertiefen.

Der Reichsinnenminister über Sozialfragen

Tagung des Reichsstädtebundes

Berlin, 22. Febr. Der Gesamtvorstand und der Hauptausschuß des Reichsstädtebundes traten in Berlin zu einer Tagung zusammen. Reichsinnenminister Dr. Frick begrüßte die Tagung namens der Reichsregierung und im Auftrage der kommissarischen preußischen Staatsregierung. Mit warmem Herzen bejahe er die Selbstverwaltung. Die mittleren und kleineren Städte, in denen das Wesen der Selbstverwaltung reiner als in den Großstädten erhalten ist, würden der Regierung nicht weniger am Herzen liegen als die Großstädte. Nur auf der Grundlage gesunder Gemeindefinanzen könne eine ordnungsmäßige Verwaltung in den Ländern wie im Reich aufbauen. Die Hauptlast seien heute die Leistungen für die Arbeitslosenfürsorge, deren gesamte Aufwendungen zur Hälfte auf den Schultern der Gemeinden liegen. Auch künftig würden die öffentlichen Körperschaften es als ihre Hauptaufgabe ansehen müssen, die Ernährung der arbeitslosen Volksgenossen sicherzustellen. Deshalb könnten auch die Gemeinden in absehbarer Zeit von dieser Last nicht befreit werden. Jetzt sei es aber an der Zeit, daß Reich, Länder und Gemeinden die Frage in Angriff nehmen, wie gerade auch im Interesse der Arbeitslosen die **Reorganisation der Arbeitslosenhilfe** verbilligt, vereinfacht und damit zugleich wirkungsvoller gemacht werden kann. Die schwere hinter uns liegende Zeit habe zu einer starken Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung geführt. Wichtig werde sein, daß in den Gemeinden die Politik, die so viel Unregen gestiftet habe, einer zielklaren und weitschauenden Verwaltung Platz macht.

Das Hauptreferat über Dauerrecht und Lebenswille der örtlichen Selbstverwaltung hielt dann der geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes.

Erledigung der Hirtenberger Waffenangelegenheit

Wien, 22. Febr. Wie die „Neue Freie Presse" mitteilt, ist in einer Besprechung zwischen dem Bundeskanzler und dem englischen und dem französischen Gesandten über die Hirtenberger Angelegenheit von englischer Seite die Auffassung vertreten worden, daß der Standpunkt der österreichischen Regierung, es sei keine Verletzung der Friedensverträge vorgekommen, als richtig anerkannt werden muß. Der französische Gesandte hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die österreichische Antwortnote in einem ebenso freundschaftlichen Sinne gehalten sei, wie der französisch-englische Schritt freundschaftlich gemeint war.

Der **Ministerrat** ist daraufhin zu dem Ergebnis gekommen, daß es unter diesen Umständen **nicht mehr notwendig sei, eine offizielle Antwort an England und Frankreich zu erteilen.** Die Hirtenberger Waffenangelegenheit dürfte damit erledigt sein. Die Kontrolle über die Ausfuhr der reparierten Waffen wird von der österreichischen Regierung vorgenommen werden, ohne daß eine fremde Macht das Recht der Ueberwachung erhielte.

Im Hauptausschuß gab Bundeskanzler Dr. Dollfuß einen Bericht über den französisch-englischen Schritt und die Stellungnahme der Regierung. Im Verlaufe einer längeren Debatte wurde ein Antrag der Großdeutschen Dr. Straffner, die Erklärung des Bundeskanzlers nicht zur Kenntnis zu nehmen, da sie der Würde eines souveränen Staates nicht entspreche, mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Ein Antrag der Regierungsparteien, der Hauptausschuß nehme die Mitteilungen des Bundeskanzlers über die Erledigung der Hirtenberger Angelegenheit zur Kenntnis, wurde mit Mehrheit angenommen.

Nadolnys Antwort auf die französischen Vorschläge

Genf, 22. Febr. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat seine Beratungen über den französischen Plan zur **Vereinheitlichung der kontinentaleuropäischen Heeressysteme** fortgesetzt. Zu Beginn der Sitzung antwortete der deutsche Delegierte, Botschafter Nadolny, auf die kürzlichen Ausführungen des Franzosen. Daher brauche man jetzt einige Zeit, um aufzu- Delegation ihre endgültige Stellungnahme von der befriedigenden Lösung bestimmter Fragen abhängig mache und betonte, daß für den defensiven oder offensiven Charakter der Heere **weniger das Wehrsystem als die Ausrüstung mit aggressiven Waffen entscheidend sei. Deshalb sei eine alle Staaten ohne Ausnahme in gleicher Weise treffende Abschaffung der Angriffsmittel und ein Ausgleich auf dem Gebiete des Materials von ausschlaggebender Bedeutung.** Notwendig sei ferner eine namhafte **Reduzierung der Personalbestände** und ein Ausgleich, der dem Recht aller Staaten auf gleiche Sicherheit entspreche. Botschafter Nadolny faßte seine Ausführungen in einer formulierten Erklärung und in einem Resolutionsentwurf, den er dem Hauptausschuß unterbreitete, zusammen.

Neuer französischer Vorstoß in Genf

zur Internationalisierung der Zivilluftfahrt

Genf, 22. Febr. Auf der Abrüstungskonferenz wurde vom Luftfahrtausschuß die Debatte über die Frage, ob eine kontrollierte Reglementierung der Zivilluftfahrt genügt, um die **Militärluftfahrt vollständig abzuschaffen**, fortgesetzt. In der Aussprache hielt der französische Luftfahrtminister Pierre Cot eine Rede, in der er nochmals **weitgehende Internationalisierung der ganzen Zivilluftfahrt forderte** und dabei den Gedanken einer internationalen Luftverkehrsgesellschaft entwickelte. Er erklärte, das von ihm vorgeschlagene System sei allein geeignet, dem Mißbrauch der zivilen Luftfahrt zu militärischen Zwecken wirksam zu unterbinden. Es komme ihm dabei in erster Linie auf die Schaffung der großen internationalen Gesellschaft an, denn auf den großen internationalen Strecken würden vorzugsweise die großen Flugzeugtypen benutzt, die leicht zu Bombenflugzeugen umgewandelt werden könnten. Sein Plan sehe naturgemäß vor, daß die Souveränität der Staaten auf dem Gebiete der Luftfahrt stark eingeschränkt sei. Pierre Cot stellte im Verlauf seiner Ausführungen die Behauptung auf, daß in einer einzigen Nacht die Zivilluftfahrzeuge in militärisch brauchbare Apparate verwandelt werden könnten.

Der Vertreter **Hollands** trat den Ausführungen Pierre Cots sehr scharf entgegen und erklärte, daß es vollkommen genüge, eine kontrollierte Reglementierung einzuführen.

Im weiteren Verlauf der Debatte setzten sich auch der Vertreter **Belgiens** und der Vertreter **Spaniens** für weitgehende Internationalisierungsmaßnahmen ein.

Die heutige Debatte hat nochmals gezeigt, daß **an eine Abschaffung der Militärluftfahrt nicht gedacht wird.** Ministerialdirektor Brandenburg hat dies in einer kurzen Erklärung nochmals ausdrücklich festgestellt und darauf hingewiesen, daß selbst wenn den französischen Internationalisierungswünschen entsprochen würde, **die Abschaffung der Militärluftfahrt noch nicht gesichert werde.**

Neues vom Tage

Schwere politische Zusammenstöße in Berlin

Zwei Tote, drei Schwerverletzte

Berlin, 22. Febr. In der Nacht auf Mittwoch ereigneten sich in verschiedenen Stadtteilen schwere politische Zusammenstöße, bei denen insgesamt zwei Tote und drei Schwerverletzte zu beklagen sind. Die Polizei meldet darüber u. a.: Vor einem KPD.-Verkehrslokal in Spandau entstand kurz vor 1 Uhr nachts eine Schießerei, bei der ein 20jähriger **Nationalsozialist durch einen Rückenschuß getötet wurde.** Anderthalb Stunden später fand in Spandau eine weitere Schießerei statt, in deren Verlauf eine Person getötet, zwei weitere durch Bauchschüsse schwer verletzt wurden. Die Personalien des Getöteten konnten noch nicht ermittelt werden.

Schwerer Zusammenstoß in Wittenberge

Wittenberge, 22. Febr. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es in der Nacht zum Mittwoch zu einem schweren Zusammenstoß, in deren Verlauf ein Nationalsozialist lebensgefährlich verletzt wurde. Die Täter entkamen. Die Polizei nahm eine sofortige Durchsuchung beim Bruder eines Geflüchteten vor. Dabei wurde eine Geheimdruckerei gefunden. Waffen und Munition wurden beschlagnahmt, der Wohnungsinhaber und seine Frau festgenommen.

Die Wahlparole des Deutschen Landvolkes

Berlin, 22. Febr. Das Deutsche Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) gibt bekannt, daß es entsprechend der konservativen Grundeinstellung des deutschen Bauerntums im Lager der Rechten stehe. Sein politisches Ziel sei die Zusammenfassung aller christlichen deutschen Kräfte für den nationalen Wiederaufbau. In der Wahlentscheidung des 5. März kämpfe es Seite an Seite mit dem Stahlhelm, der als der überparteiliche Träger der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot das gleiche Ziel nationaler Zusammenfassung verfolge.

Verhaftung des Mörders Schulte

Dortmund, 22. Febr. Wie die Polizei mitteilt, ist der frühere Kutscher August Schulte, der als Mörder des Holzhändlers Karowski aus Witten an der Ruhr, der Witwe Schur aus Hagen und der Hausangestellten Schneider aus Herford betrachtet wird, in Gronau verhaftet worden.

Sondervollmachten für Roosevelt

Washington, 22. Febr. Der Kongreß beschloß nach langen Besprechungen zwischen Vertretern beider Häuser, dem künftigen Präsidenten Roosevelt diktatorische Vollmachten zur Festsetzung des Budgets und zur Reorganisation der Bundesverwaltung zu erteilen.

Bevorstehende Kriegserklärung Paraguays an Bolivien?

Paris, 22. Febr. Wie Havas aus Asuncion berichtet, wird die paraguayische Regierung dringlich den Kongreß einberufen, **um von ihm die Genehmigung zu erhalten, Bolivien den Krieg zu erklären**, um auf diese Weise die Lage zu klären und den anderen Ländern die Möglichkeit zu geben, ihrerseits Stellung zu nehmen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 23. Februar 1933.

Evangelisation. Der evang. Kirchengemeinderat von Altensteig hat schon vor längerer Zeit die Veranstaltung einer Evangelisation in der hiesigen Gemeinde beschlossen. Dementsprechend wird nun Evangelist K. Köder aus Korntal von Freitag, 24. Februar, bis Samstag, 5. März, eine Reihe von religiösen Vorträgen in der Kirche halten. Die Vorträge sollen mit Rücksicht auf die Teilnehmer von auswärts pünktlich um 8 Uhr abends beginnen. Zehn Minuten vorher wird mit allen Glocken geläutet. An den beiden Sonntagen soll auch nachmittags um 3 Uhr ein Vortrag in der Kirche gehalten werden, außerdem die Woche hindurch vom Montag bis Freitag täglich eine Bibelstunde im Gemeindehaus nachmittags um 3 Uhr. Hiezu wird jedermann freundlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Das Opfer ist zur Deckung der Unkosten bestimmt. Möge diese Veranstaltung unter Gottes Schutz und Segen stehen, in unruhevollen Tagen ein Hort des Friedens sein und der Zerrissenheit unseres Volkes gegenüber die vorhandene Gemeinschaft, wie sie der Glaube stiftet, erkennen lassen.

H.

Sonderzug. Zur Deutschen Skimeisterschaft nach Baiersbronn fährt die Reichsbahn einen Sonderzug mit 50 Prozent Fahrpreisermäßigung ab Pforzheim 7.30 Uhr, Baiersbronn an 10.17 Uhr mit Anschluß von Altensteig ab 7.20 Uhr. — Rückfahrt ab Baiersbronn 18.20 Uhr, Pforzheim an 20.45 Uhr. Anschluß nach Altensteig 20.47 Uhr in Nagold, Altensteig an 21.37 Uhr.

Das Programm der Deutschen Skimeisterschaften befindet sich in der Beilage.

Allgem. Orts-(Bezirks-)Krankenkasse Nagold. Die in letzter Zeit da und dort aufgetretenen Diphtheriefälle gaben dem Kassenvorstand Veranlassung, zu beschließen, daß mit sofortiger Wirkung die Krankenscheingebühr und der Arzneikostenanteil in allen Fällen gestundet (d. h. niedergeschlagen) wird, bei denen es sich um eine reichs- oder landesrechtlich anzeigepflichtige Krankheit handelt. Hier kommen in Betracht: Aussatz, Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest, Pocken, Diphtherie, Fleischvergiftung, Frieselfieber, Genickstarre, Kindbettfieber, Körnerkrankheit, Rotz, Rückfallfieber, Ruhr, Scharlach, Tollwut, Trichinose, Typhus, Wurmkrankheit, Kinderlähmung und Malaria. Der 50prozentige Arzneikostenanteil der Familienangehörigen wird durch diesen Beschluß nicht berührt d. h. dieser Anteil muß nach wie vor in allen Fällen entrichtet werden. Die Krankenscheine in den hier in Rede stehenden Fällen werden aber nur durch die Hauptkasse in Nagold bezw. durch die Verwaltungsstelle Altensteig ausgefertigt. Ergibt die ärztliche Untersuchung, daß eine der genannten Krankheiten nicht vorliegt, so muß die Krankenscheingebühr nachträglich entrichtet werden. Der Kassenvorstand will durch seinen Beschluß erreichen, daß bei ansteckenden Krankheiten rechtzeitig ärztliche Hilfe geleistet und dadurch die Entstehung von Epidemien möglichst vermieden wird. Daß Arbeitslose, sowie Personen, die aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung Invalidenrente oder Ruhegeld oder aus der Unfallversicherung oder nach der Reichsversorgung Rente als Schwerverletzte oder als Schwerbeschädigte beziehen, außerdem solche Tuberkulöse und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge- oder Beratungsstelle eine Bescheinigung über ihre Bedürftigkeit beibringen, sowohl von der Krankenscheingebühr als auch von dem Arzneikostenbeitrag gesetzlich befreit sind, soll bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben. Auch in Fällen, bei denen die Arbeitsunfähigkeit länger als zehn Tage dauert, ist für die Arznei- und Heilmittel, die nach dem Ablauf der zehn Tage während der Arbeitsunfähigkeit noch notwendig waren, der Arzneikostenbeitrag nicht zu entrichten. Es wäre selbstverständlich sehr zu begrüßen (auch von Seiten der Kassenverwaltung, der durch die Erhebung der Gebühr eine recht unangenehme Arbeit zugemutet worden ist), wenn die Krankenscheingebühr und der Arzneikostenbeitrag durchweg in Wegfall kommen würde. Ob sich die Reichsregierung dazu entschließen wird, bleibt abzuwarten. Krankenscheingebühr und Arzneikostenbeitrag haben der A.O.K. Nagold im Jahre 1932 eine Einnahme von rund 8000 Mark gebracht. Auf der Ausgabenseite sind zweifellos mehrere 1000 Mark im Jahr erspart worden dadurch, daß die sog. Bagatellfälle größtenteils weggefallen sind. Es darf daher nicht verkannt werden, daß durch den gänzlichen Wegfall der Krankenscheingebühr und des Arzneikostenanteils die finanziellen Verhältnisse der Krankenkassen nicht unwesentlich beeinflußt werden.

—r.

Vorstandssitzung des Landw. Bezirksvereins Nagold am 22. Februar. Von seiten einiger Pferdebesitzer wurde an den Landw. Bezirksverein herangetreten mit der Bitte, dieser möge sich für das Zustandekommen eines Bezirkspferdeversicherungsvereins einsetzen. Die Aussprache, in welcher die Vor- und Nachteile, sowie die Schwierigkeiten einer solchen Versicherung eingehend behandelt wurden, ergab, daß der Versuch gemacht werden sollte, das Interesse der Pferdebesitzer hieran festzustellen, zumal eine solche Versicherung in der heutigen Notzeit die einzige wirksame Hilfe ist, den Landwirt bei Pferdeverlusten wirksam zu unterstützen. Als Versicherungsbeitrag dürfte für Pferde in bäuerlichen Betrieben 2 Prozent und bei Benutzung dieser zu gewerblichen Zwecken je nach Gefährdung 3—4 Prozent in Betracht kommen. Ein diesbezügliches Schreiben wird den Bürgermeisterämtern und den Obmännern der Ortsvereine zugehen. Bei genügendem Interesse soll dann eine Versammlung der Pferdebesitzer einberufen werden. — Kenntnis genommen wurde ferner von einer Mitteilung der Landwirtschaftskammer, daß am 20. und 21. April d. J. ein Geflügelzuchtlehrkurs stattfinden wird, welcher einen guten Besuch versprechen dürfte. Außerdem wird auf die Verbilligung bei Neuanlagen von Wiesen und Weiden durch Reichszuschüsse hingewiesen, da die Inanspruchnahme gerade für den Schwarzwaldbezirk außerordentlich vorteilhaft ist. Zur Behandlung kam ferner noch die Siedlungsfrage. Es dürfte nicht von der Hand zu weisen sein, daß im Oberamt Nagold infolge der Kleinheit der Betriebe, welche eine weitere Teilung nicht zulassen, eine Reihe von Landwirtssöhnen ihre väterliche Scholle verlassen müssen. Diesen bietet die Siedlung die Möglichkeit, sich wieder selbständig zu machen. Da der Landw. Hauptverband sich an der Ueberwachung von Siedlungen beteiligt hat,

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ist es möglich geworden, eine Reihe von verhältnismäßig günstigen Siedlungsstellen zu schaffen.

Radfahrer-Verein Altensteig. Am vergangenen Samstag hielt der Verein bei Mitglied Seeger zur „Traube" seine jährliche Hauptversammlung ab. Vorstand Walz begrüßte die anwesenden Mitglieder und ging dann gleich zur Tagesordnung über. Kassier und Schriftführer trugen ihre Berichte vor, dieselben wurden in sehr guter Ordnung befunden. Vorstand Walz dankte hierauf den beiden Funktionären für ihre Mühewaltung und erteilte ihnen Entlastung. Nun gab der erste Fahrwart die sportliche Tätigkeit vom verflossenen Jahr bekannt. Es fanden insgesamt sieben Ausfahrten statt, daraus ist also zu ersehen, daß wir uns doch nicht ganz von unserem großen Bruder von der Straße verdrängen lassen, sondern immer noch unserem alten Sport treu bleiben. Anschließend erfolgten die Wahlen, die aber keine wesentliche Aenderungen brachten. Unter Punkt Verschiedenes wurde angeregt, im Laufe des Frühjahrs eine Jugendabteilung zu gründen. Diese Anregung wurde gutgeheißen und es soll später noch einmal darüber gesprochen werden. Dieses Jahr haben wir einen ganz jungen Jubilar im Verein, der zwölfjährige Sohn Ernst unseres Sportkameraden Rüßle hat das Deutsche Radsportabzeichen für Jugendfahrer erworben. Wir gratulieren dem jungen Sieger zu diesem Ehrenzeichen und hoffen, daß sich noch weitere junge Sportkameraden dieses schöne Ehrenzeichen erwerben; dazu findet sich dann bei der Jugendabteilung Gelegenheit. Vorstand Walz dankte der Versammlung und bat die Mitglieder, auch in diesem Jahr unter dem Banner treu zur Seite zu stehen. All Heil!

Gültlingen, 22. Februar. Da die Amtszeit unseres Bürgermeisters Widmann abgelaufen ist, findet am vierten März eine Bürgermeisterwahl statt. Aus diesem Anlaß war am letzten Sonntag im „Ochsen" eine Bürgerversammlung, bei welcher Bürgermeister Widmann einen Rückblick auf seine seitherige Tätigkeit gab und zugleich sein Programm für die weitere Zukunft entwarf. Pfarrer Hesler hob die Verdienste des Ortsvorstehers um Gemeinde und seine Bewohner hervor. Bei der seitherigen verdienstvollen Tätigkeit des Bürgermeisters ist an seiner Widerwahl nicht zu zweifeln. Ein Gegenkandidat hat sich auch nicht um die Stelle beworben, die in recht guten Händen ist.

Loßburg, 22. Februar. Die hiesige Ortsgruppe des Württ. Schwarzwaldvereins, die 152 Mitglieder umfaßt, beabsichtigt in diesem Jahr ein Schwimmbad zu errichten. Es sollen deshalb alle anderen Ausgaben zurückgestellt werden. Der Vorstand ließ in seiner Generalversammlung die Pläne zirkulieren, die Architekt Hahn-Freudenstadt angefertigt hat.

Wildbad, 21. Febr. (Durchgehende Langholzstämme.) Gestern nachmittag waren Holzhauer mit dem Abseilen von Langholz aus Abteilung Riesenstein beschäftigt. Der in einen hart gefrorenen Stamm getriebene Seilhaken riß los, worauf dieser Stamm in eine Gruppe von drei Stämmen fuhr, einen von diesen lüpfte, der dann den Weg durch das Blockhaus Schmid nahm. Er drang im Schlafzimmer ein, durchbohrte dort einen Weißzeugschrank, verließ ttlseitig wieder das Haus, um schließlich auf der Neuen Steige beim Eingang zur Villa Waldfrieden liegen zu bleiben. Lediglich dem Umstand, daß die Frau des Hauses kurz zuvor mit ihrem Kind das Zimmer verlassen hatte, ist es zu verdanken, daß ein schweres Unglück verhütet wurde. Die Hausangestellte wäre ums Haar von dem durchgehenden Stamm getroffen worden. — Beim Fällen einer starken Forche im Calmbacher Gemeindewald Kälbling-Köpfle ereignete sich heute ein ähnlicher Fall. Es brach dabei der Gipfel, der glatte Stamm kam ins Gleiten und welche Endgeschwindigkeit derselbe haben mußte beweist, daß er von den Aeckern über die Calwerstraße in einem Flug von zirka 50 Meter ohne Straße und darunter liegende Aecker zu berühren, über eine Diehleiche hinweg zum Dach der Zimmersägmühle hineinfuhr. Offenbar haben die Drähte der elektrischen Lichtleitung, auf denen er entlanggliit, die Geschwindigkeit so abgebremst, daß er im Dach stecken blieb ohne größeren Schaden anzurichten. — Nicht übel ist es, wenn Langholzstämme bis zur Säge fliegen, nur sollten sie nicht auf dem Dache landen!

Wildbad, 22. Februar. (Nichts ist mehr sicher!) Gestern nacht wurde ein außerhalb dem Bahnhofgebäude angebrachter Bahnsteigkarten-Automat gestohlen. Anscheinend haben es die Diebe auf das Geld abgesehen gehabt. Doch ist ihnen nichts in die Hände gefallen, da der Automat im Laufe des Montag geleert wurde. Der Automat wurde in einem Schuppen am Güterbahnhof aufgefunden.

Hösen a. Enz, 22. Februar. Unserem Turnverein e. V. wurde vom Württ. Landesausschuß für Jugendpflege ein einmaliger Beitrag von 300 Mark zum Turnhallebau überwiesen als Anerkennung dafür, daß das Schulturnen in der Turnhalle abgehalten werden darf. Damit ist die Belastung des Vereins auf 4200 Mark zurückgegangen.

Rottweil, 22. Februar. (3000 Mark Geldstrafe.) Als einziger Fall der Tagesordnung des Kleinen Schöffengerichts stand die Strafsache gegen den verheirateten Metzgermeister und Wirt E. St. in Rottweil wegen eines Vergehens gegen die Verordnung über die Devisenbewirtschaftung zur Verhandlung. St. hatte aus Unwissenheit einen größeren Devisenbesitz trotz öffentlicher Aufforderung der Reichsbank nicht angemeldet. Urteil: 3000 Mark Geldstrafe, eventuell drei Monate Gefängnis. Merke: Zeitunglesen ist Pflicht.

Schwenningen, 22. Febr. (Sanierung des Büdowerks.) Wie mitgeteilt wird, werden das Büdowerk und die Firma Chr. Bürk-Maier weitergeführt. Ein Treuhänder ist beauftragt, einen Status aufzumachen, worauf unverzüglich eine Gläubigerversammlung einberufen wird.

Stuttgart, 22. Febr. (Gegen Versammlungsstörungen.) Künftig werden in allen Zentrumsversammlungen Parteigegner nicht mehr zum Wort zugelassen. Politisch Uniformierten wird der Zutritt verwehrt. Die Versammlungsleiter sind angewiesen, sich das Lokal in Miete geben zu lassen. Etwaige Versammlungsstörer werden künftig unter Bezugnahme auf das Hausrecht rücksichtslos aus dem Lokal verwiesen. Wer dieser Aufforderung keine Folge leistet, wird zur Anzeige gebracht.

Abschluß der Kabelsabotageuntersuchung. Die Untersuchung gegen die suspendierten Postbeamten wegen des Kabelsabotageakts ist im Laufe des Dienstags abgeschlossen worden. Der Bericht liegt nunmehr dem Reichspostministerium vor.

Arbeitsmarktlage. Die Arbeitsmarktlage des Arbeitsamtsbezirks Stuttgart hat sich in der ersten Hälfte des Monats Februar, vorwiegend in den Außenbezirken, leicht verschlechtert. Die Gesamtzahl der Stellensuchenden betrug am Ende der Berichtszeit 49 630. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich um 1301 erhöht der Bestand beträgt 19 133. Davon entfallen 13 294 auf Groß-Stuttgart.

Umfangreiche Effektenschiebungen. Der Zollfahndungszweigstelle Friedrichshafen ist es gelungen, eine umfangreiche Schiebung mit deutschen Wertpapieren aufzudecken. Ein in Vaduz (Liechtenstein) wohnender Reichsdeutscher hat in der Zeit von November 1932 bis Mitte Januar 1933 durch einen Landwirtssohn im schwäbischen Oberland deutsche Wertpapiere aus Ausländerbesitz im Nominalbetrag von rund 400 000 RM veräußern lassen. Der Gegenwert in Höhe von 345 000 RM. ist restlos ins Ausland zurückgebracht worden. Die Schiebung wurde in der Hauptsache mit süddeutschen Rentenwerten (Goldpfandbriefen) vorgenommen. Helferdienste leisteten zwei Oesterreicher und eine angebliche Privatsekretärin aus Vaduz. Als die beiden Oesterreicher das Geschäft für eigene Rechnung weiterbetrieben, wurden sie in einem Gasthof dabei ertappt, wie sie eben weitere nom. 9500 RM Effekten an einen Inländer verkaufen wollten. In dem Verfahren, das bei der Staatsanwaltschaft Ravensburg anhängig ist, wurden drei Personen in Untersuchungshaft genommen.

Göppingen, 22. Febr. (Ein edler Spender.) In der Gemeinde Salach wurde schon seit einiger Zeit der Wunsch nach einem Freibad laut. Da aber die Finanzierung auf Widerstände stieß, mußte der Bau vorläufig auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden. Neuerdings hat nun ein Ehrenbürger der Gemeinde die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt, um ein Freibad zu erstellen. Die Ausführung des Projekts erfolgt im Wege der Notstandsarbeiten.

Klein-Eislingen OA. Göppingen, 22. Febr. (Falsche Zweimarkstücke.) In einem Geschäft hier sind dieser Tage falsche Zweimarkstücke aufgetaucht. Die Fälschung war, trotzdem sie sehr gut gelungen zu sein scheint, bei näherer Betrachtung unschwer zu erkennen.

Lorch, 22. Febr. (Vonder evang. Bauernschule.) Die alljährliche Freizeit für Altschüler der evangelischen Bauernschule Lorch, die vom 11. bis 15. Februar im Bauernschulheim Lorch veranstaltet wurde, erfreute sich eines sehr guten Besuches. Eine besondere Bedeutung erhielt die Tagung durch die Mitarbeit des Kirchenpräsidenten D. Wurm, der im Gottesdienst predigte. Den Hauptgegenstand der Tagung bildete das Verhältnis von Bauer und Staat.

Asselfingen, OA. Ulm, 22. Febr. (Schießunfall.) Bürgermeister Geyer verunglückte am Montag abend durch plötzliche Entladung seiner Schußwaffe. Die Kugel ging durch den Unterleib. Nach sofortiger Ueberführung ins Krankenhaus nach Ulm erfolgte eine Operation, die gut verlaufen ist.

Aus dem württ. Wahlkampf

Um Württembergs Selbständigkeit

Der württ. Wirtschaftsminister Dr. Maier hat in einer Wahlversammlung in Bruchsal, wo es wieder zu schweren Störungen kam, über das gegenwärtige Verhältnis Württembergs zur Reichsregierung Ausführungen gemacht, die großes Aufsehen erregen werden. Er wies darauf hin, daß das württ. Staatsministerium eine Rückfrage beim Reichsinnenminister um vorgenommen habe. Die Besprechungen des württ. Gesandten beim Reichsinnenministerium scheinen sehr unbefriedigend ausgefallen zu sein. Der Minister betonte ferner, daß es den Nationalsozialisten darum zu tun sei, neben dem Reichspräsidenten und der Mehrheit im Reichstag auch die Länder in die Hand zu bekommen, weil ihnen die Polizei unentbehrlich erscheine. Es dürfe der Oeffentlichkeit nicht länger verschwiegen werden, daß in Berlin Dinge schon konkret erwogen werden, die gegen die Selbständigkeit des Landes Württemberg gerichtet sind und daß Württemberg aus Gründen der hohen Politik als erstes der süddeutschen Länder einem Akt der Willkür anheimfallen solle. Man brauche Württemberg, um Baden und Bayern zu teilen von Württemberg aus die beiden übrigen süddeutschen Länder aufzurollen. Es passiere in dem Land Württemberg zu wenig. Aber man suchte und suchte. Die Rede des Reichsinnenministers sei der erste Wink mit dem Zaunpfahl.

Bolz über Drohungen gegen Württemberg

Ebingen, 22. Febr. In einer Zentrumsversammlung in Ebingen antwortete Staatspräsident Dr. Bolz unter anderem auf die Drohungen des Reichsinnenministers Dr. Frick gegen Württemberg wie folgt:

Der Herr Reichsinnenminister hat es mir verübelt, daß ich in einer Rede erklärt habe, ich könnte in dem Aufruf der neuen Reichsregierung keinen Inhalt finden. Ich muß ganz offen sagen: Ich kann auch heute noch keinen darin finden. Wenn man uns im Süden nun gewisse Eingriffe durch die Reichsregierung androht, so ist darauf zu erwidern: Wir in Württemberg haben neun Jahre lang keine Regierung mit Marxisten gehabt. Bei uns in Württemberg herrschen geordnetere Verhältnisse in jeder Beziehung als wo anders. Unsere Pflicht gegen das Reich haben wir unter allerschwersten Opfern bis zum äußersten getan. Ich verweise nur auf die Summe von über 90 Millionen, die allein an Beiträgen zur Arbeitslosen- und Invalidenversicherung aus Württemberg herausgegangen ist. Niemand kann sagen, daß wir uns irgendwie pflichtvergessen gegenüber dem Reich gezeigt haben. Wenn man uns das nachweisen könnte, dann wäre das eine Voraussetzung für ein Eingreifen der Reichsregierung gewesen. Jetzt aber glaubt man uns deshalb drohen zu dürfen, weil wir anderer Auffassung sind als die Herren in der Regierung. Man droht uns: **Wenn ihr nicht brav seid, werdet ihr gemaßregelt!** Das kann man sich doch nur so erklären, daß man eben nicht nur in Preußen, sondern auch wo anders absolute Machtvollkommenheit haben möchte. Wir aber sagen der Reichsregierung: Sie soll nicht so empfindlich sein! Sie hat den Wahlkampf ausdrücklich gewollt und sie muß uns nun schon gestatten, daß wir sagen, was wir empfinden, was wir fürchten und was für Gefahren wir sehen. Die katastrophalen Gefahren, die wir von der jetzt eingeleiteten Machtpolitik befürchten, werden auch dadurch nicht beseitigt, daß man uns von Berlin aus einfach mit „Eingreifen" droht. Eine solche Art des Regierens bedeutet keinen Ausbau, sondern Zersplitterung.

Bischof Dr. Sproll zur Reichstagswahl

Rottenburg, 22. Febr. In einem Aufruf der deutschen Bischöfe zur Reichstagswahl wird u. a. an die vaterländische Pflicht erinnert, vom Wahlrecht so Gebrauch zu machen, wie es der Verantwortung des treuen Staatsbürgers und treuen katholischen Christen entspricht. Dann wird die Mahnung erneuert: Wählet Abgeordnete, deren Charakter und soziale Haltung Zeugnis gibt von ihrem Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für den Schutz der konfessionellen Schulen, der christlichen Religion und der katholischen Kirche. Hütet Euch vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht würdig sind.

Finanzminister Dr. Dehlinger im Wahlkampf

Pfullingen OA. Reutlingen, 22. Febr. In einer Wahlversammlung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot sprach Finanzminister Dr. Dehlinger über das Thema „Der Schicksalskampf um Deutschland". Er führte u. a. aus, daß gerade die Wahlmüden diesmal deshalb wählen sollten, weil sie dann auf lange Zeit hinaus von Neuwahlen verschont werden. Leider sei festzustellen, daß bei der letzten Wahl in Pfullingen die Wahlbeteiligung nur 64 Prozent betragen habe. In katholischen Gegenden sei die Wahlbeteiligung immer eine viel höhere, bis zu 90 Prozent. Die nationale Regierung habe ein schweres Erbe übernommen. Daher brauche man jetzt einige Zeit, um aufzuräumen. Die Wirtschaftspolitik Hugenbergs beruhe auf drei Grundgedanken: Organische Wirtschaftsreform, Kraft der freien Persönlichkeit, nationale Wirtschaftspolitik. Die Reformen müßten organisch herauswachsen, daher sei Hugenberg gegen Uebereilung und Experimente.

10 Kreiswahlvorschläge in Württemberg

Stuttgart, 22. Febr. Unter dem Vorsitz des Kreiswahlleiters, Ministerialrat Dr. Kiefer, fand Mittwoch vormittag im Sitzungssaal des Innenministeriums eine öffentliche Sitzung des Kreiswahlausschusses für den 31. Wahlkreis Württemberg statt, auf der folgende zehn Kreiswahlvorschläge mit folgender Numerierung aufgenommen wurden:

Nr. 1 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
Nr. 2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Nr. 3 Kommunistische Partei Deutschlands,
Nr. 4 Württ.-Hohenz. Zentrumspartei,
Nr. 5 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot,
Nr. 7 Deutsche Volkspartei,
Nr. 8 Christlich-Sozialer Volksdienst,
Nr. 9 Deutsch-demokratische Partei von Württemb. u. Hohenz.
Nr. 10 Deutsche Bauernpartei,
Nr. 11 Württ. Bauern- und Weingärtnerbund.

Die Kreiswahlvorschläge der **Sozialistischen Kampfgemeinschaft** und der **Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern** wurden **zurückgewiesen,** da keine entsprechenden Reichswahlvorschläge vorliegen. Zur Kenntnis nahm der Ausschuß die Erklärung eines Reichstagsbewerbers über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag mit dem Kennwort „Deutsche Reformpartei (Antikriegsliga)". Ein Wahlvorschlag dieser Partei ist in Württemberg nicht eingegangen. Auf der Liste des Christlichen Volksdienstes wurde der dritte Bewerber Otto Rippel, Verleger in Hagen in Westfalen, gestrichen, da seine Zustimmungserklärung erst nach Ablauf der Einreichungsfrist eingegangen ist.

Anschließend trat der Verbandswahlausschuß für den 18. Wahlkreisverband **Württemberg-Baden** zusammen, um über die Zulassung der Verbindungserklärungen Beschluß zu fassen. Solche Verbindungserklärungen haben eingereicht: Sozialdemokratie, Kommunisten, Zentrum, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, Demokratische Partei, Bauern- und Weingärtnerbund, ferner gemeinsam die Deutsche Volkspartei, der Christliche Volksdienst und die Deutsche Bauernpartei. Sämtliche **Verbindungserklärungen** wurden zugelassen.

Arbeitsmarkt in Baden und Württemberg

Stuttgart, 22. Febr. Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland wird mitgeteilt: Die Belastung des Arbeitsmarktes hat in der ersten Hälfte des Februar nochmals leicht zugenommen. Das gesamte bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern registrierte Kräfteangebot betrug 337 489 Personen, 272 734 Männer und 64 755 Frauen. In Württemberg und Hohenzollern waren es 144 427 Arbeitsuchende und in Baden 193 062. Der Zahlenunterschied zwischen Arbeitsuchenden und Arbeitslosen hat sich von 16 542 am 31. Januar auf 19 991 am 15. Februar erhöht, weil zahlreiche Notstandsarbeiten der wetterschaffenden Arbeitslosenfürsorge, die im Januar wegen Frost unterbrochen werden mußten, wieder aufgenommen werden konnten. Die Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter hatte Ende Januar dieses Jahres aber immer noch 4800 betragen gegen 2600 im vorigen Jahr. In 508 Arbeitslagern des freiwilligen Arbeitsdienstes waren Ende Januar noch 16 723 Jugendliche tätig; 126 Arbeiten mit 4400 Arbeitsdienstwilligen waren Ende Januar der Witterung wegen vorübergehend eingestellt.

Krebsvorkommen im Lande

Zählung der Krebserkrankungen in Württemberg und Hohenzollern

Im Rahmen eines gutachtlichen Berichts an den Landesverband Württemberg und Hohenzollern zur Erforschung und Bekämpfung des Krebses hat Sanitätsrat Dr. Wilhelm Weinberg eine umfangreiche Aufstellung zur Zählung der Krebserkrankungen in Württemberg und Hohenzollern gegeben. Mit

Chlorodont
- die Qualitäts-Zahnpaste -
Chlorodont, morgens und vor allem abends angewendet:
beseitigt häßlichen Zahnbelag und üblen Mundgeruch
ist sparsam im Verbrauch und daher preiswert

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Hilfe von Fragebogen wurden durch die Zählung 3658 Krebsfälle ermittelt, während für denselben Zeitraum 1900 Todesfälle an Krebs zu schätzen sind. Von diesen ist für 3461 württembergische allein die Wohngemeinde sowie das Oberamt in Württemberg ermittelt, für 97 ebenso in Hohenzollern 3 und als Wanderer bezeichnet, 51 stammen aus Baden 27 aus Bayern, 8 aus dem übrigen Deutschland und 11 aus dem Reichsausland. Während nun die drei genannten Zahlen das Unternehmen der Zählung als günstig beurteilen lassen, darf nicht verschwiegen werden, daß ein nicht geringer Mangel darin besteht, daß die Verfolgung der ermittelten Krebserkrankungen entschieden hinter dem zu erwartenden Ergebnis zurückbleibt. Die Auszählung der Todesfälle ergab für ganz Württemberg 674 festgestellte Fälle, während die offizielle Statistik für ein halbes Jahr 1628 und nach Abschluß der anderen Neubildungen noch 1154 erwarten läßt, so daß also nur 46,4 Prozent der Todesfälle verzeichnet wurden.

Die Frage nach Bestehen von Kropf bei den 3658 Krebskranken ist bei 336 (gleich rund 9 Prozent) positiv beantwortet. Die Verteilung der Krebsfälle nach dem Wohnsitz ergeben für den Neckarkreis 798 (ohne Stuttgart), für den Schwarzwaldkreis 756, für den Jagstkreis 500 und für den Donaukreis 794. Für Württemberg insgesamt ergeben sich 1,4 vom Tausend und für Hohenzollern mit den Kreisen Sigmaringen und Hechingen 1,3 vom Tausend Krebsfälle. Bei der Verteilung der Krebsfälle auf die einzelnen Lebensperioden ist für das Alter zwischen 60 und 70 bei Männern die Höchstzahl von 444,75 und bei Frauen in den Lebensjahren zwischen 50 und 60 die Höchstzahl von 568,0 vermerkt. Die Krebshäufigkeit erreicht nach der Statistik bei Männern in den Lebensjahren zwischen 70 und 80 ihre Höchstzahl mit 769 und bei Frauen in den Lebensjahren zwischen 80 und 100 mit 692.

Schneeberichte vom 22. Februar

Ruhestein im Schwarzwald: 8 Grad Kälte, 20 Zent. Altschnee, 5 Zent. Neuschnee, bedeckt.

Kniebis im Schwarzwald: 8 Grad Kälte, 20 Zent. Altschnee, 5 Zent. Neuschnee, bedeckt.

Freudenstadt im Schwarzwald: 14 Zent. Neuschnee, bewölkt.

Klosterreichenbach im Schwarzwald: 10—15 Zent. Pulverschnee, 5 Grad Kälte, bedeckt, Schneefall, Skibahn gut.

Wildbad-Sommerberg, Schwarzwald: 5 Zent. Altschnee, 1 Zentimeter Neuschnee, 7 Grad Kälte, Nordostwind.

Dobel im Schwarzwald: 12 Zent. Altschnee und 2 Zent. Neuschnee bedeckt, 5 Grad Kälte, Ski gut, Rodel mäßig.

Kirchheimer Alb: 5—6 Zent. Pulverschnee, zum Teil verweht, Nordostwind, Schneefall, 7 Grad Kälte.

Wiesensteig und Gruibinger Alb: 3—4 Zent. Pulverschnee, Schneefall, 6—7 Grad Kälte.

Mehstetten (Alb): 15 Zent. Altschnee, Schneefall.

Isny im Allgäu-Großholzleute am Schwarzen Grat: Im Tal 20 Zent. Altschnee, auf den Höhen 50 Zent. Altschnee, bewölkt, Ski gut.

Letzte Nachrichten

Unwahre Behauptungen der Württemberg. Staatspartei

Berlin, 22. Februar. Die Landtagsgruppe der Deutsch-Demokratischen Partei in Württemberg hat in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten die sofortige Einberufung des Landtags gefordert und die Behauptung aufgestellt, daß der Herr Reichskanzler sofort nach seinem Rückflug von Stuttgart in der unmittelbar anschließenden Sitzung des Reichskabinetts die Einsetzung eines Reichskommissars in Württemberg beantragt habe, und daß dieser Antrag dem Reichskabinett noch vorliege. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind diese Behauptungen unwahr. Gegen die Verbreiter dieser Lügennachricht wird mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen werden.

Reichswehrminister v. Blomberg in München

München, 22. Februar. Reichswehrminister v. Blomberg traf heute abend in Begleitung des Chefs der Heeresleitung und des Chefs des Truppenamtes hier ein. Der Reichswehrminister wird am Donnerstag die Truppenteile des Standortes München besichtigen und der bayerischen Staatsregierung einen Besuch machen.

200 000 Flugblätter mit hochverräterischem Inhalt beschlagnahmt

Düsseldorf, 22. Februar. Im Verfolg der Nachprüfung von kommunistischen Druckereien über die Herstellung von verbotenen Schriften hat die Polizei heute in einer kommunistischen Druckerei in der Kölner Straße über 200 000 Flugblätter mit hochverräterischem Inhalt beschlagnahmt und eingezogen. Die zur Herstellung dieser Schriften gebrauchten Formen und Platten wurden beschlagnahmt.

Wahlaufruf des Reichsbanners

Berlin, 22. Februar. Die Bundesleitung des Reichsbanners hat einen Wahlaufruf erlassen, in dem behauptet wird, daß Millionen von Volksgenossen außerhalb des gemeinsamen vaterländischen Rechts gestellt worden seien. In der Selbstzerfleischung des deutschen Volkes drohten Einheit, Recht und Freiheit zu Grunde zu gehen. Dieser Entwicklung habe sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit ganzer Kraft und bedingungslosem Einsatz seiner Mitglieder entgegengestellt. Deutschland könne ohne volle Freiheit nicht leben. Das Parlament habe sich selbstmörderisch ausgeschaltet und seine Macht preisgegeben. Der Aufruf schließt mit den Worten: Kameraden, Deutschlands Freiheit darf nicht untergehen. Schließt Eure Reihen, tretet an. Für die Demokratie, für die Verfassung, für Einheit, Recht und Freiheit.

Ein Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Reichspräsidenten

Berlin, 22. Februar. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Graßmann, hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er Stellung nimmt zu dem Polizeierlaß des Reichskommissars Göring. Graßmann erklärt, dieser Erlaß schaffe zweierlei Recht in Deutschland, und protestiert im Namen seines Verbandes gegen den Erlaß, da auch im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sich Hunderttausende von Frontkämpfern befänden, die sich nicht von amtlichen Stellen als nicht staatsaufbauende Kräfte bezeichnen lassen könnten. Zum Schluß appelliert der Brief an den Herrn Reichspräsidenten, als Führer der Frontsoldaten aus dem Weltkriege diese vor politischer Benachteiligung zu schützen.

Das Verbot der „Rheinischen Zeitung" als unbegründet aufgehoben

Köln, 22. Februar. Wie die „Rheinische Zeitung" mitteilt, ist das am 4. Februar gegen sie verhängte dreitägige Verbot vom Reichsgericht als unbegründet aufgehoben worden.

Einstweilige Verfügung gegen das Plakat der NSDAP. auch in Frankfurt am Main

Berlin, 23. Februar. Der „Vossischen Zeitung" zufolge ist auch in Frankfurt a. M. auf Antrag der Minister Braun und Severing eine einstweilige Verfügung gegen das Plakat der NSDAP. über die Verwendung des 2-Millionen-Fonds erlassen worden.

Der „Vorwärts" wieder erschienen

Berlin, 23. Februar. Der „Vorwärts", der heute früh nach einwöchigem Verbot wieder erschienen ist, behauptet, daß das Verbot rechtsungültig sei, da seine Beschwerde nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von fünf Tagen dem Reichsinnenministerium zugeleitet worden sei.

Aushebung einer kommunistischen Geheimdruckerei

Duisburg-Hamborn, 23. Februar. Eine kommunistische Geheimdruckerei wurde gestern hier von der Polizei ausgehoben. Der Inhaber der Druckerei, seine Ehefrau und ein Angestellter wurden dabei überrascht, als sie kommunistische Druckschriften aufhetzerischen Inhalts herstellten. Die drei Personen wurden verhaftet und zahlreiche Druckschriften beschlagnahmt.

Mutmaßliches Wetter für Freitag

Süddeutschland kommt in stärkerem Maße in den Einflußbereich der nördlichen Depression. Für Freitag ist unbeständiges, auch zu vereinzelten Schneefällen geneigtes Wetter zu erwarten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauk.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Kriegsteilnehmer Ortsgruppe Altensteig u. Umg.

Am Sonntag, den 26. Februar ds. Js., nachmittags 2 Uhr findet die jährliche

Hauptversammlung

bei Mitglied Albert Luz hier statt.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder unbedingt notwendig.

Der Vorstand.

Der Steuereinzug

der Gemeindepflege Egenhausen

für das Jahr 1932 findet morgen Freitag nachmittag von 1/2—5 Uhr im „Deutschen Kaiser" statt.

Gemeindepfleger: Kalmbach.

Aichelberg OA. Calw.

Brennholz-Verkauf.

Die Gemeinde bringt am Mittwoch, den 1. März 1933 nachmittags 4 Uhr auf dem Rathaus hier

87 Rm. Anbruch-Brennholz
79 Rm. Tanne und 8 Rm. Buchen
in 10 Lose eingeteilt

im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf. Losverzeichnisse durch Waldmeister Schmid, Meistern.

Aichelberg, den 23. Februar 1933. Gemeinderat.

Wir bitten unsere Inserenten

Inserate frühzeitig, möglichst tags zuvor aufzugeben und sie nicht kurz vor Redaktionsschluß zu bringen, wie dies oft der Fall ist. Verspätet eingehende Inserate können nicht mit der gleichen Sorgfalt gesetzt werden, wie rechtzeitig eingehende, es liegt also im Interesse der Inserenten selbst

frühzeitig die Inserate aufzugeben!

Gelegenheitskauf!

1 Singer-Nähmaschine

neu, versenkbar, zu besonders ermäßigtem Preise zu verkaufen. Günstige Zahlungsbedingungen. Unverbindliche Besichtigung.

Vertreter Gottlieb Bühler, Altensteig, Marktplatz.

Altensteig.

Cabliau o. Kopf
Schellfische o. Kopf
Seelach-Filet
Cabliau-Filet
Goldbarsch-Filet
Bücklinge

frisch eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Gegen Abschnitt 7 des Reichsverbilligungsscheins kann 2 Pfd. Seefische oder 1 Pfd. Fischfilet bezogen werden.

Pergament-Papier
für Butterpackungen
Pergament-Därme
für Hausschlachtungen
Tisch-Damast-Papier
für Gasthöfe
sowie
Einwickelpapier
für Wurst und Fleischwaren
empfiehlt die
Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold.

Ein
Kochfräulein
kann sofort eintreten bei
L. Kappler z. Grünen Baum
Altensteig

Tüchtiger
Pferdeknecht
sucht sofort Stelle
Wer —? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Rollenpapiere
(Einwickelpapier)
für Rollen-Abreiß-Apparate
empfiehlt die
Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold

LUGER
Frische Seefische
treffen heute ein:
Schellfische o. Kopf
Kabliau o. Kopf
Kabliau-Filet
Frische Bücklinge
Pfd. 20 ₰

Simmersfeld, den 23. Febr. 1933.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Großvater und Urgroßvater

Peter Landherr

nach kurzem Leiden im Alter von beinahe 87 Jahren in dem Herrn sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Theurer.

Beerdigung Freitag nachmittag 1 Uhr.

Konfirmanden-Gesangbücher
in gediegener, reicher Auswahl
Gesangbuch-Taschen
sowie **Patenbriefe**
empfiehlt die
Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold